

## Wahlprüfsteine / Haltung zu Positionen der DEGAM

## 1 Angesichts zunehmender Spezialisierung und Fragmentierung der Gesundheitsversorgung sind Hausärztinnen und Hausärzte als Generalisten wichtiger denn je.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU				x		Je weiter die Spezialisierung in der Medizin voranschreitet, umso wichtiger wird die Lotsenrolle von Hausärztinnen und Hausärzten für die betroffenen Patientinnen und Patienten. Wir haben in Deutschland die Therapiefreiheit, jede Patientin und jeder Patient kann seine Ärztin oder seinen Arzt selbst wählen. Dabei ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass die Versorgung auch in der Fläche gewährleistet ist. Hierbei haben wir besonders die ländlichen Regionen und die strukturschwachen Ballungsgebiete im Blickwinkel. Gerade dort kommt den Hausärzten eine besondere Rolle zu.
Grüne				x		keine detaillierte Antwort.
Linke				x		Wir wollen unter anderem eine bessere Honorierung der "sprechenden Medizin" sowie von Hausbesuchen zur Gewährleistung einer flächendeckenden hausärztlichen Versorgung. Die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung eröffnet den finanziellen Spielraum für eine angemessene und reformierte Honorierung der ambulanten ärztlichen Versorgung.
Piraten					x	Hausärzte erfüllen eine wichtige Rolle - als primärer Ansprechpartner für viele Patienten ebenso wie als Koordinator der Behandlung. Daher ist die Rolle des Hausarztes attraktiver zu gestalten sowie Ausbildungsprojekte zu fördern.

## 2 Die hausärztliche Versorgung benötigt stabile und förderliche Rahmenbedingungen.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU					x	Die Union hat die Hausarztverträge kontinuierlich gestärkt, da sie eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung nicht nur in Ballungszentren, sondern auch in ländlichen Regionen gewährleisten möchte. Wir haben bereits in der laufenden Legislaturperiode mit dem Versorgungsstrukturgesetz viel getan, um insbesondere Unterversorgung zu verhindern oder zu beseitigen. Ein wichtiger Bestandteil war dabei, die Bedarfsplanung entsprechend weiter zu entwickeln. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) wurde dazu gesetzlich beauftragt, eine neue Bedarfsplanungsrichtlinie zu erarbeiten. Sie ist bereits zum 1. Januar 2013 in Kraft getreten und muss nun vor Ort von den zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen entsprechend umgesetzt werden.
Grüne					x	keine detaillierte Antwort.
LINKE				x		Um die hausärztliche, aber auch die fachärztliche und andere Gesundheitsversorgung sicherzustellen, brauchen wir eine umfassende Reform der Bedarfsplanung. Diese sollte kleinräumiger und sektorenübergreifend erfolgen. In einem unterversorgten Gebiet die Arbeit aufzunehmen, darf für Allgemeinärztinnen und -ärzte nicht zum persönlichen Risiko werden, da sie Sorgen um den Verkauf ihrer Praxis haben müssen. Die möglichen Regresse bei Arznei- und Heilmittelverordnungen werden von vielen Ärztinnen und Ärzten als große Belastung empfunden, nicht zuletzt weil das mögliche Verordnungsvolumen nicht frühzeitig bekannt ist. Zur Planungssicherheit gehört es nach Ansicht der LINKEN auch, eine sinnvolle, das heißt an der tatsächlichen Morbidität ausgerichteten Mengensteuerung zu entwickeln. DIE LINKE hat daher auch ausdrücklich das ABDA-/KBV-Modell-Konzept der Bundesregierung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) - für eine bessere Arzneimittelversorgung unterstützt, das die Arzneimittelregresse durch qualitätsadjustierte anreize, etwa Verordnungsanteile von Leitsubstanzen und einem Medikationskatalog ersetzen will.
Piraten					x	Wir fordern eine faire, planungssichere und transparente Vergütung sowie die Überprüfung der Abrechnungssysteme, um Fehlanreize zu vermeiden.

3 Die Hausärztin und der Hausarzt der Zukunft bestreiten einen Großteil der Behandlung selbst. Darüber hinaus koordinieren sie die Behandlung über verschiedene Sektoren und Berufsgruppen hinweg.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU				x		Insbesondere der medizinische Fortschritt macht die Gesundheitsversorgung komplexer. Hier wird es, auch vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung immer wichtiger, einen Koordinator oder Lotsen durch das Gesundheitswesen zu haben. Diese Rolle können auch die Hausärztin und der Hausarzt einnehmen.
Grüne			x			keine detaillierte Antwort.
LINKE			x			Für eine gute Versorgungsqualität ist es wichtig, dass Überweisungen zum Facharzt bzw. zur Fachärztin weder zu häufig noch zu selten erfolgen. DIE LINKE befürwortet eine sektoren- und professionenübergreifende Koordinierungsinstanz (Gate-Keeper), in der insbesondere die Hausärztinnen und Hausärzte eine wichtige Rolle einnehmen können.
Piraten					x	Wir fordern angemessene Vergütung von aufwändigen oder aufsuchenden Behandlungen beispielsweise behinderter Patienten sowie eine Förderung der Zuwendung zum Patienten und der "sprechenden Medizin".

4 Hausärztliche Versorgung - der beste Schutz vor zu viel und falscher Medizin.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU			x			In einem freiheitlichen Gesundheitswesen stehen die Patienten im Mittelpunkt. Ihre Rechte müssen angesichts immer komplexerer Fragestellungen und Zusammenhänge weiter gestärkt werden, damit sie selbstbestimmte und informierte Entscheidungen treffen können. Mit dem Patientenrechtegesetz haben wir einen großen Schritt in Richtung Patientensouveränität getan. Wir wollen, dass Versicherte und Patienten bundesweit unkompliziert Zugang zu unabhängiger Information und Beratung im Gesundheitswesen haben. Angesichts der Vielfalt der Versicherungs- und Behandlungsoptionen wollen wir über verlässliche und verständliche Kriterien zu Leistung, Qualität und Preis zu mehr Transparenz und besserer Orientierung über Kosten, Nutzen und Risiko sowohl bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen als auch bei Kostenerstattungstarifen beitragen. Hierzu sollen auch die neuen Medien, wie etwa leicht verständliche Informationsportale im Internet, einen wichtigen Beitrag leisten.
Grüne				x		keine detaillierte Antwort.
LINKE				x		Im Sondergutachten 2009 sieht der Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen das allgemeine Arbeitsziel der Allgemeinmedizin in einer „qualitativ hochstehende[n] Versorgung, die den Schutz des Patienten, aber auch der Gesellschaft vor Fehl-, Unter- oder Überversorgung einschließt“. Dem schließt sich DIE LINKE an.
Piraten					x	Wir fordern eine aussagekräftige und ausreichende Information der Patienten, die es ihnen ermöglicht, selbstbestimmt und frei unter den geeigneten Behandlungsmethoden und Ärzten auszuwählen.

## 5 Nur die Allgemeinmedizin sichert eine wohnortnahe, flächendeckende und niedrighschwellige Grundversorgung der Bevölkerung.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU				x		Ohne motivierte und leistungsbereite Ärztinnen und Ärzte für Allgemeinmedizin lässt sich keine flächendeckende medizinische Versorgung sichern - insbesondere im ländlichen Raum. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz haben wir die strikte Budgetierung abgeschafft und zu einer verlässlichen und leistungsgerechten ambulanten Vergütung weiterentwickelt. Dadurch wurden wichtige Anreize geschaffen, die es für Ärztinnen und Ärzte attraktiver machen, sich an der ambulanten Versorgung in unterversorgten oder drohend unterversorgten Gebieten zu beteiligen. Wir werden diese Maßnahmen auf ihren Erfolg hin überprüfen und zielgerichtet weiterentwickeln.
Grüne				x		keine detaillierte Antwort.
LINKE				x		DIE LINKE setzt sich für eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Patientinnen und Patienten unabhängig vom eigenen Geldbeutel und dem Wohnort ein. Diese wird auch von Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern erbracht. Dazu gehört zwingend ein flächendeckender wohnortnaher Zugang zur hausärztlichen Versorgung. Die Planung muss entsprechend kleinräumiger erfolgen als bei der fachärztlichen Versorgung und die reale Morbidität und Mobilität der Bevölkerung berücksichtigen.
Piraten					x	Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben ein Anrecht auf eine angemessene Gesundheitsversorgung. Dazu gehört auch, dass gemeindenah bzw. wohnortnah ausreichend Ärzte aller Fachrichtungen vertreten sind. Die Bedarfsplanungen für Vertragsärzte müssen unter Einbeziehung der regionalen Gegebenheiten eine ausreichende Zahl von Vertragsärzten in sinnvoll gegliederten und homogen strukturierten Versorgungsgebieten vorsehen. In ländlichen Regionen mit Unterversorgung ist auch das Modell mobiler Arztpraxen und die Anstellung von Ärzten durch die Kommune eine sinnvolle Ergänzung.

## 6 Allgemeinmedizin bietet einen Ort, der soziale Ungleichheit reduziert.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU				x		Das christliche Verständnis vom Menschen ist unsere ethische Grundlage für eine verantwortliche Politik. Gerade im Umgang mit Kranken, Älteren und Schwachen zeigt die Gesellschaft ihr soziales Gesicht und ihr Wertefundament. Priorisierung medizinischer Leistungen lehnen wir ab. CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung hat, unabhängig von seinem Einkommen, Alter oder gesundheitlichen Zustand. Wir stehen für ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, das Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit zusammenführt und zu einer hohen Lebensqualität in Deutschland beiträgt. Ebenso stehen wir für ein solidarisches Gesundheitswesen, in dem Hilfe für Kranke und Ältere sowie Eigenverantwortung zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Wir sichern ein Gesundheitswesen, in dem die Menschen darauf setzen können, dass alle Beteiligten in Medizin und Pflege ihre Verantwortung gegenüber Patienten sorgsam wahrnehmen.
Grüne		x				keine detaillierte Antwort.
LINKE			x			Die Benachteiligung von GKV-Versicherten etwa bei den Wartezeiten in der Allgemeinmedizin ist kleiner als in der spezialisierten Versorgung. Grundsätzlich brauchen wir jedoch zur Verringerung sozial bedingter gesundheitlicher Ungleichheit eine gesundheitsförderliche Gestaltung der Lebenswelten und eine wirksame Ressourcenförderung gerade von Menschen der unteren sozialen Schichten.
Piraten					x	Unterschiedliche Versicherungsform darf kein Anlass für unterschiedliche Behandlung sein, auch im Hinblick auf Wartezeiten und anderer Privilegien privat Versicherter.

## 7 Im Medizinstudium sollten alle Studierenden möglichst frühzeitig und durchgängig in allgemeinmedizinischen Lehrpraxen ausgebildet werden.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU					x	Die Allgemeinmediziner nehmen einen hohen Stellenwert in der Versorgung von Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen ein. Dementsprechend war es unser Anspruch, dass bei der Änderung der Approbationsordnung Lehrinhalte aus dem Bereich der Allgemeinmedizin gestärkt worden sind.
Grüne				x		keine detaillierte Antwort.
LINKE				x		DIE LINKE befürwortet die Einbeziehung von allgemeinmedizinischen Lehrpraxen in das Medizinstudium.
Piraten					x	siehe Antwort 8.

## 8 Allgemeinmedizin ist das Kernfach im Medizinstudium.

	Gar nicht	Eher nicht	Teilweise	Ziemlich	sehr	
CDU/CSU				x		Mit der Änderung der Approbationsordnung haben wir als Union darauf hingewirkt, dass vermehrt Ärzte für eine Weiterbildung in der Allgemeinmedizin und eine spätere Niederlassung als Hausärztinnen und Hausärzte gewonnen werden, indem die Allgemeinmedizin bereits in der ärztlichen Ausbildung weiter gestärkt wurde. Die entsprechenden Anteile sind sowohl im klinischen Studienabschnitt als auch im Praktischen Jahr erhöht worden.
Grüne					x	keine detaillierte Antwort.
LINKE				x		Das Medizinstudium ist derzeit zu sehr auf Apparatemedizin ausgelegt. DIE LINKE befürwortet eine höhere Gewichtung der sprechenden Medizin sowie der Allgemeinmedizin auch in der Ausbildung. Die zunehmende Spezialisierung der Medizin darf nicht den Blick für interdisziplinäre Zusammenhänge verstellen. Auch deshalb brauchen wir mehr allgemeinmedizinische Inhalte im Medizinstudium.
Piraten					x	Beide Fragen beantworten wir zusammenfassend wie folgt: Durch eine Änderung der Approbationsordnung könnte der Allgemeinmedizin mehr Gewicht im Medizinstudium eingeräumt werden. Allerdings hat die Allgemeinmedizin im universitären, durch fachspezifische Medizin geprägten Umfeld noch immer einen schweren Stand. Hier ist ein Umdenken erforderlich, zu dem auch die allgemeinmedizinischen Berufsverbände und Fachgesellschaften beitragen müssen.

## Gesonderte Beantwortung des Fragebogens durch die FDP

FDP	Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass Herr Lanfermann sich bewusst gegen das Setzen von Kreuzchen entschieden hat, da diese Art der Beantwortung zu allgemein und undifferenziert ist.	<p>Die wohnortnahe medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung hat für uns oberste Priorität. Für viele Patientinnen und Patienten bedeutet dies in aller erster Linie der Gang zum Hausarzt, der für sie erster Ansprechpartner in gesundheitlichen Fragen ist. Deshalb spielen die Hausärzte bei der medizinischen Versorgung eines großen Teils der Bevölkerung eine zentrale, koordinierende Rolle. Der Bedeutung dieser Lotsenfunktion wurde dahingehend Rechnung getragen, dass im SGB V verankert wurde, dass alle in der GKV Versicherten auf eigenen Wunsch von den Vorteilen einer hausarztzentrierten Versorgung profitieren können. Da die Patientensouveränität und die Wahlfreiheit für die FDP einen besonders hohen Stellenwert haben, setzen wir uns aber auch für andere Möglichkeiten ein, sich über die medizinische Versorgungslandschaft zu informieren und über die verschiedenen Versorgungsformen beraten zu lassen. Deshalb haben wir uns bspw. auch für den Ausbau der unabhängigen Patientenberatung eingesetzt.</p> <p>Dennoch sind hoch motivierte und gut qualifizierte Hausärztinnen und Hausärzte für unser Gesundheitssystem unverzichtbar. Unser Ziel war und ist es deshalb, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Patientinnen und Patienten auch zukünftig trotz Fortschreitens des demografischen Wandels qualitativ hochwertig und wohnortnah durch ihren Hausarzt oder ihre Hausärztin versorgt und betreut werden können. Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz haben wir wichtige Maßnahmen ergriffen, dieses Ziel zu erreichen.</p> <p>Wir haben Anreize für Ärztinnen und Ärzte gesetzt, auch in ländlichen Regionen tätig zu werden und die Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit insgesamt attraktiver gemacht. Nur so wird es uns auch gelingen, wieder mehr junge Medizinalabsolventen als Hausärztinnen und Hausärzte zu gewinnen. Der Schlüssel liegt in der Planbarkeit der Arbeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die monetären Aspekte sind nach wie vor wichtig, aber nicht mehr allein ausschlaggebend. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz haben wir viele Erleichterungen schaffen können, z.B. die Aufhebung der Residenzpflicht und die Flexibilisierung der Elternzeitregelungen für Ärzte. Gerade auch für junge Ärztinnen und Ärzte wird wichtig sein, dass die Betreuungsmöglichkeiten flächendeckend besser werden und die Arbeitszeiten sich besser am Bedarf orientieren.</p> <p>Aber auch die Nachwuchsgewinnung spielt in Zeiten des demografischen Wandels eine gewichtige Rolle, zumal in den nächsten Jahren viele Tausend Hausärzte in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Deshalb haben wir flankierend die Approbationsordnung novelliert. Die Allgemeinmedizin, die selbstverständlich das Kernstück des Medizinstudiums bildet, wurde in diesem Zusammenhang mit Blick auf eine spätere Niederlassung bzw. Tätigkeit in diesem Bereich weiter gestärkt. Die vorgeschriebenen allgemeinmedizinischen Anteile werden sowohl im klinischen Studienabschnitt als auch im Praktischen Jahr (PJ) erhöht. Daneben haben wir für eine bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf bereits während des Studiums eingesetzt und bspw. dafür gesorgt, dass das PJ in Teilzeit absolviert werden kann.</p> <p>Die wohnortnahe medizinische Versorgung der gesamten Bevölkerung hat für uns oberste Priorität. Für viele Patientinnen und Patienten bedeutet dies in aller erster Linie der Gang zum Hausarzt, der für sie erster Ansprechpartner in gesundheitlichen Fragen ist. Deshalb spielen die Hausärzte bei der medizinischen Versorgung eines großen Teils der Bevölkerung eine zentrale, koordinierende Rolle. Der Bedeutung dieser Lotsenfunktion wurde dahingehend Rechnung getragen, dass im SGB V verankert wurde, dass alle in der GKV Versicherten auf eigenen Wunsch von den Vorteilen einer hausarztzentrierten Versorgung profitieren können. Da die Patientensouveränität und die Wahlfreiheit für die FDP einen besonders hohen Stellenwert haben, setzen wir uns aber auch für andere Möglichkeiten ein, sich über die medizinische Versorgungslandschaft zu informieren und über die verschiedenen Versorgungsformen beraten zu lassen. Deshalb haben wir uns bspw. auch für den Ausbau der unabhängigen Patientenberatung eingesetzt.</p> <p>Dennoch sind hoch motivierte und gut qualifizierte Hausärztinnen und Hausärzte für unser Gesundheitssystem unverzichtbar. Unser Ziel war und ist es deshalb, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Patientinnen und Patienten auch zukünftig trotz Fortschreitens des demografischen Wandels qualitativ hochwertig und wohnortnah durch ihren Hausarzt oder ihre Hausärztin versorgt und betreut werden können. Mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz haben wir wichtige Maßnahmen ergriffen, dieses Ziel zu erreichen.</p> <p>Wir haben Anreize für Ärztinnen und Ärzte gesetzt, auch in ländlichen Regionen tätig zu werden und die Rahmenbedingungen für die ärztliche Tätigkeit insgesamt attraktiver gemacht. Nur so wird es uns auch gelingen, wieder mehr junge Medizinalabsolventen als Hausärztinnen und Hausärzte zu gewinnen. Der Schlüssel liegt in der Planbarkeit der Arbeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die monetären Aspekte sind nach wie vor wichtig, aber nicht mehr allein ausschlaggebend. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz haben wir viele Erleichterungen schaffen können, z.B. die Aufhebung der Residenzpflicht und die Flexibilisierung der Elternzeitregelungen für Ärzte. Gerade auch für junge Ärztinnen und Ärzte wird wichtig sein, dass die Betreuungsmöglichkeiten flächendeckend besser werden und die Arbeitszeiten sich besser am Bedarf orientieren.</p> <p>Aber auch die Nachwuchsgewinnung spielt in Zeiten des demografischen Wandels eine gewichtige Rolle, zumal in den nächsten Jahren viele Tausend Hausärzte in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Deshalb haben wir flankierend die Approbationsordnung novelliert. Die Allgemeinmedizin, die selbstverständlich das Kernstück des Medizinstudiums bildet, wurde in diesem Zusammenhang mit Blick auf eine spätere Niederlassung bzw. Tätigkeit in diesem Bereich weiter gestärkt. Die vorgeschriebenen allgemeinmedizinischen Anteile werden sowohl im klinischen Studienabschnitt als auch im Praktischen Jahr (PJ) erhöht. Daneben haben wir für eine bessere Vereinbarkeit von Familien und Beruf bereits während des Studiums eingesetzt und bspw. dafür gesorgt, dass das PJ in Teilzeit absolviert werden kann.</p>
-----	--	---

Die Fragen für die CDU/CSU beantwortete der gesundheitspolitische Sprecher, Jens Spahn  
 Die Fragen für Bündnis 90/Die Grünen beantwortete die gesundheitspolitische Sprecherin, Birgitt Bender  
 Die Fragen für DIE LINKE beantwortete die gesundheitspolitische Sprecherin, Dr. Martina Bunge  
 Die Fragen für die Piratenpartei beantwortete Bundeskoordinator Wahlprüfsteine, Thomas Ganskow  
 Die Fragen für die FDP beantwortete der gesundheitspolitische Sprecher, Heinz Lanfermann

Alternative für Deutschland: keine Rückmeldung, Parteistruktur befindet sich noch im Aufbau.  
 SPD: keine Rückmeldung bisher, DEGAM hat nachgefragt